

Fichtner, Ferdinand et al.

Article

Deutsche Konjunktur schlägt etwas langsamere Gangart ein

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fichtner, Ferdinand et al. (2018) : Deutsche Konjunktur schlägt etwas langsamere Gangart ein, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 85, Iss. 24, pp. 497-499, http://dx.doi.org/10.18723/diw_wb:2018-24-1

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/180693>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutsche Konjunktur schlägt etwas langsamere Gangart ein

Von **Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Christian Breuer, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Simon Junker, Claus Michelsen, Malte Rieth und Thore Schlaak**

Die deutsche Wirtschaft dürfte nach Einschätzung des DIW Berlin in diesem Jahr um 1,9 Prozent wachsen und im kommenden Jahr um 1,7 Prozent. Für dieses Jahr sind das 0,5 Prozentpunkte und für kommendes Jahr 0,2 Prozentpunkte weniger, als es das DIW Berlin im März prognostiziert hat. Im Wesentlichen spiegelt dies die deutlich gestiegene Unsicherheit hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wider, die weltweit die Investitionstätigkeit beeinträchtigt und insbesondere auch die Ausfuhren bremst. Für dieses Jahr schlägt außerdem zu Buche, dass der Jahresauftakt aufgrund von Sonderfaktoren – hoher Krankenstand, viele Streiktage, überdurchschnittlich viele Ferientage – schwächer ausgefallen ist als noch im März erwartet.

Das Expansionstempo dürfte ab dem Sommerhalbjahr zwar wieder höher ausfallen als zum Jahresauftakt, im Vergleich zum vergangenen Jahr dürfte die Konjunktur alles in allem aber etwas an Schwung verlieren, denn die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich mit der Einführung von Handelsbeschränkungen und der Sorge vor einer Eskalation der handelspolitischen Konflikte zwischen den USA und anderen Wirtschaftsräumen erkennbar verschlechtert. Nach den Wahlen in Italien und den politischen Querelen in Spanien sind zudem die Sorgen über die Integrität der Europäischen Währungsunion wieder gestiegen, und auch die Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union sorgen weiterhin für erhebliche Verunsicherung. Hinzu kommt, dass sich geopolitische Risiken – insbesondere im Nahen Osten – zuletzt wieder verschärft haben. All dies dürfte viele Unternehmen vorsichtiger agieren lassen und die weltweite Nachfrage nach Investitionsgütern beeinträchtigen. Dies wird auch hierzulande die Produktion dämpfen, denn zum einen dürfte die Investitionsdynamik auch in Deutschland – trotz gut ausgelasteter Kapazitäten – etwas an Schwung verlieren.

Zum anderen sind Maschinen das wichtigste Exportgut der deutschen Wirtschaft; deshalb schlägt sich die weltweit geringere Nachfrage auch in den Auftragsbüchern der deutschen Industrie nieder.

Während die Exporte etwas schwächeln, kann sich die deutsche Wirtschaft im Prognosezeitraum weiterhin auf einen recht kräftigen privaten Konsum stützen. Die Lage am Arbeitsmarkt ist außerordentlich günstig; zudem dürften die Lohnabschlüsse angesichts weiterhin rückläufiger Arbeitslosigkeit – die Quote liegt in diesem Jahr bei 5,2 Prozent und im kommenden Jahr bei 4,9 Prozent – allmählich etwas höher ausfallen. Mehr und mehr Menschen haben also einen Job – allein dieses Jahr steigt die Zahl um knapp 550 000 Personen, im kommenden Jahr nochmal um fast 300 000 Personen –, und die Beschäftigten verdienen insgesamt ordentlich. Das kurbelt den privaten Verbrauch an.

Hinzu kommen vor allem ab kommendem Jahr die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Ausgabeausweitungen und Abgabenerleichterungen. Die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung sowie die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung entlasten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Jahresauftakt 2019 um fast zehn Milliarden Euro. Auch die angekündigte Erhöhung des Kindergelds und der Kinderfreibeträge sowie die Ausweitung der Mütterrente und die Einführung einer Grundrente geben Impulse in Milliardenhöhe. Darüber hinaus steigert der Bund seine investiven Ausgaben – etwa für den Breitbandausbau, für Forschung und Entwicklung sowie für den sozialen Wohnungsbau –, die die Konjunktur ebenfalls leicht anregen dürften.

Trotz der expansiven Ausrichtung der Finanzpolitik bleibt die Finanzlage des Staates zunächst günstig. Die staatlichen Einnahmen sprudeln, obwohl es erhebliche Entlastungen bei

den Sozialbeiträgen geben wird, denn wegen der dynamischen Entwicklung der Konsumausgaben nehmen die Einnahmen aus der Umsatzsteuer deutlich zu. Angesichts der günstigen Arbeitsmarktsituation steigt außerdem das Aufkommen aus der Einkommensteuer kräftig, während gleichzeitig die Transferausgaben – insbesondere die Ausgaben für Arbeitslosigkeit – nur moderat zunehmen. Die daraus und aus den ungewöhnlich niedrigen Zinsen, die der Staat auf seine Schulden bezahlt, resultierenden Überschüsse im öffentlichen Gesamthaushalt von 50 Milliarden Euro in diesem und 45 Milliarden Euro im kommenden Jahr sind freilich zu einem wesentlichen Teil temporärer Natur. Die Spielräume für auf Dauer angelegte Ausgabeausweitungen – etwa im Bereich der Rentenversicherung – oder Einnahmekürzungen – etwa durch eine breit angelegte Senkung der Einkommensteuer – sind daher sehr begrenzt und sollten daran orientiert sein, das längerfristige Wachstum der deutschen Wirtschaft positiv zu beeinflussen. Angesichts der absehbar ungünstigen demographischen Entwicklung ist die Politik insbesondere gefordert, die Rahmenbedingungen für Investitionen attraktiver zu gestalten sowie in Bildung und Forschung zu investieren, denn so kann die Produktivität der – langfristig weniger werdenden – Arbeitskräfte gesteigert werden.

Die hohe Unsicherheit über die politischen Rahmenbedingungen beeinträchtigt die Investitionstätigkeit und damit die Konjunktur, auch ohne dass es zu einer Verschärfung der Probleme kommt. Zudem sorgen die verschiedenen Krisenherde für Unsicherheit hinsichtlich der wirtschaftlichen

Aussichten, denn die insgesamt günstigen wirtschaftlichen Perspektiven werden durch erhebliche Risiken überschattet. Mit der Einführung von Zöllen auf die US-Importe von Stahl und Aluminium und der geplanten Einführung von Gegenzöllen durch die Europäische Union hat der handelspolitische Konflikt an Schärfe gewonnen. Die auf einer möglichen nächsten Eskalationsstufe denkbaren Beeinträchtigungen des internationalen Handels – etwa US-Zölle auf Autos – könnten Produktionseinbußen in Höhe von mehreren Milliarden Euro und damit einen Rückgang des Wachstums der deutschen Wirtschaft um einige Zehntel-Prozentpunkte nach sich ziehen.

Auch die wirtschaftspolitisch schwierige Situation in Italien hat das Potential, die Konjunktur über die in dieser Prognose unterstellte Unsicherheit hinaus zu beeinträchtigen. Sollte die neue italienische Regierung auf einer nur teilweisen Rückzahlung der öffentlichen Verschuldung beharren und sich solche Zahlungsausfälle als wahrscheinlich erweisen, so könnte dies erneut zu Spannungen auf den Finanzmärkten führen und ein Wiederaufflammen der Krise im Euroraum nach sich ziehen.

In diesem Umfeld ist die Politik dringender denn je gefordert, die Institutionen der Währungsunion zu stärken und insbesondere für ein stabileres Banken- und Finanzsystem zu sorgen, das den Bedingungen einer Währungsunion gerecht wird – etwa durch die Einführung einer gemeinsamen Einlagensicherung und klare Regeln für eine geordnete Schuldenrestrukturierung der Mitgliedsländer.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Christian Breuer ist Junior Professor für Europäische Wirtschaft an der technischen Universität Chemnitz | christian.breuer@wirtschaft.tu-chemnitz.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Claus Michelsen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 24/2018:

www.diw.de/diw_weekly



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 13. Juni 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström;
Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;
Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;
Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter